

Utl.: Keine weiteren Auslagerungen an Post-Tochter Feibra geplant =

Wien (APA) - Post-Generaldirektor Georg Pölzl hat sich am Donnerstagnachmittag in einem Offenen Brief an die Mitarbeiter gewandt. Zentrale Aussage darin: Es werden keine Mitarbeiter gemobbt, aber bei der Post herrscht das Leistungsprinzip. "Wir bekennen uns klar zu einer Leistungskultur. Leistungsorientierung und Wertschätzung stehen in keinerlei Widerspruch zueinander", so Pölzl in dem Schreiben.

Der Postchef geht in dem Offenen Brief auch auf einige Vorwürfe der Belegschaftsvertreter ein - mit dem Verweis, damit den Gesprächen am kommenden Montag zwischen Pölzl und dem obersten Postgewerkschafter Helmut Köstinger nicht vorgreifen zu wollen. In dem der APA vorliegendem Brief heißt es unter anderem: "Wir halten ausdrücklich fest, dass keine Kündigungswelle vorbereitet wird." Zum Vorwurf der zwangsweisen Frühpensionierungen hieß es: "Das Gesetz sieht bei einer dauernden Dienstunfähigkeit die Versetzung des Beamten in den Ruhestand - von Amts wegen oder auf seinen Antrag - vor. (...) Ein Handlungsspielraum seitens des Unternehmens besteht aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen dabei nicht."

Beim Konfliktthema Outsourcing gibt sich Pölzl kulant: "Wir halten nochmals ausdrücklich fest, dass generelle Auslagerungen von Tätigkeiten oder Betriebsteilen an die Feibra oder andere Privatfirmen nicht angestrengt werden." Im Gespräch mit der APA betonte Pölzl, dass die Post und die Post-Tochter Feibra "bewusst unabhängig" am Markt operieren und die Feibra im Postbereich nur herangezogen werde, wenn Spitzenzeiten abgedeckt werden müssten.

Zu den Forderungen nach einer Weiterentwicklung des Kollektivvertrages gab er sich hingegen zugeknöpft: Darüber könne man zwar gerne reden, Verbesserungen müssten aber leistbar sein. Reallohnkürzungen werde es jedenfalls nicht geben.

Und auch zum Mobbingvorwurf nahm Pölzl Stellung: "Wir dulden in unserem Unternehmen kein Mobbing!" Jedem einzelnen Vorwurf oder Verdacht von unakzeptablen Verhaltensweisen werde man auch weiterhin gewissenhaft nachgehen und dies gegebenenfalls abstellen. Der APA liegen die Aussagen einer Mitarbeiterin vor, wonach diese sich wegen intensiven Mobbings nun Burn-Out-bedingt im Krankenstand befindet. Begonnen hätten die Probleme mit ihrer Schwangerschaft. Sie habe "zig Bestätigungen" schicken müssen, dass sie überhaupt schwanger sei, obwohl sie den Mutter-Kind-Pass vorgelegt habe. "Nach der Geburt wurde mir mit Kündigung gedroht, wenn ich nicht sofort den Geburtsbericht schicke", so die Postlerin zur APA. Dabei hätte sie bereits eine Bestätigung des Spitals vorgelegt, wonach sie mit Kaiserschnitt entbunden hatte.

Pölzl erwartet, dass ein Gutteil der Konfliktthemen rasch abgearbeitet werden können. Viele Bereiche würden ohnehin im täglichen Geschäft besprochen und verbessert.
(Schluss/folgt Zus.) stf/sp